

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Ein Kompromiß bei der Lebensarbeitszeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1983) : Ein Kompromiß bei der Lebensarbeitszeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 12, pp. 580-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135864>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Ein Kompromiß bei der Lebensarbeitszeit

Der Bundesarbeitsminister hat rechtzeitig vor der neuen Tarifrunde gesetzliche „Rahmenbedingungen“ für ein sogenanntes Vorruhestandsgeld in Aussicht gestellt. Und die Metall-Arbeitgeber folgten jetzt diesem Modell mit einem tarifvertraglichen Angebot für 59jährige und ältere Arbeitnehmer, beschränkt auf die Jahre bis 1988.

Daß die Arbeitgeber schon im Vorfeld von Tarifverhandlungen ein konkretes Angebot machen, ist ungewöhnlich. Aber die Situation, in der das geschieht, ist es ebenso. Da führen die IG Metall und die Druckergewerkschaft einen veritablen Glaubenskrieg zur Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, obwohl davon nach

verschiedenen Umfragen kaum 20 % der Beschäftigten etwas halten. Fünf Mitgliedsgewerkschaften des DGB setzen dagegen auf eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Und sie können hierbei auf ein breiteres Interesse an der Basis rechnen. Da auch der größere Teil der Massenmedien auf irgendeine Art Arbeitszeitverkürzung und dazu noch auf ein „heißes“ Frühjahr abonniert zu sein scheint, war es für die Arbeitgeber taktisch sicherlich nicht unklug, schon jetzt die „Festung der Nein-Sager“ zu verlassen.

Schließlich ist ein großer Arbeitskampf das letzte, was unsere Wirtschaft beim gerade Tritt fassenden Aufschwung gebrauchen könnte. Zudem kann in unserem Lande keinem Arbeitgeber, selbst angesichts sich radikal gebärender Einzelgewerkschaften, an einer blamablen Niederlage des Tarifvertragspartners gelegen sein, die mit Sicherheit nicht ausbleiben würde. Und schließlich: Jeder Kompromiß bei der Lebensarbeitszeit ist besser als die 35-Stunden-Woche, die sich, selbst wenn es nicht zu einem vollen Lohnausgleich käme, in der gegenwärtigen Situation wirtschaftlich ruinös auswirken müßte.

Freilich, mag das Angebot einer Tarifrunde sich auch als taktisch geschickt ausnehmen – sachlich ist es nicht über jeden Zweifel erhaben. Gewiß bedeutet es für den einzelnen Beschäftigten einen großen Vorteil, wenn er frei entscheiden kann, wann er aus dem Arbeitsleben ausscheiden will, ob früher oder später. Aber es stört, daß die, die weiterarbeiten, für die Vorruheständler zur Kasse gebeten werden; denn selbstverständlich geht für sie die Tarifrunde zu Lasten von sonst möglichen Lohnerhöhungen. Auch sind wieder einmal die Rentenfinanzen betroffen, und das nicht zu knapp; denn die flexible Altersgrenze, die anschließend in Anspruch genommen wird, kennt bei

uns keine versicherungsmathematischen Abzüge.

Die Tarifrunde ist also beileibe keine billige Angelegenheit. Und doch hält sich der eigentlich angestrebte Beschäftigungseffekt in engen Grenzen: Für die gesamte Frist dürften insgesamt bestenfalls 75 000 Arbeitsplätze wiederbesetzt werden, von der Verstärkung der außerregulären Arbeit, die der Vorruhestand von arbeitsfähigen Bürgern naturgemäß mit sich bringt, ganz zu schweigen.

Günstiger sind zwei indirekte Wirkungen der Tarifrunde zu beurteilen. Zum einen dürfte sie die bislang geübte Praxis ausschalten, ältere Arbeitnehmer ein Jahr vor Erreichen des Rentenalters schwergewichtig aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung finanzieren zu lassen und dazu vom entlassenden Betrieb als Anreiz einen Einkommenszuschuß zu geben. Nach dem Blümchen Modell schießt jetzt umgekehrt die Bundesanstalt für Arbeit nur 40 % zu, und das auch nur dann, wenn tatsächlich eine Neueinstellung erfolgt. Andererseits läßt die Tarifrunde bei dem heute gegebenen Produktivitätsfortschritt noch Luft, um auch die verfügbare Lohnsumme der Beschäftigten anzuheben. Gerade dies müßte die Gewerkschaften eigentlich für sie einnehmen, schlagen sie sich doch sonst allemal auf die Seite der Nachfragepolitiker, wenn es darum geht, die Konjunktur anzukurbeln.

Gleichwohl, was den quantitativen Arbeitsmarkteffekt betrifft, laufen die übrigen Teile des „Arbeitszeitpaketes“, das die Metall-Arbeitgeber anbieten, der Tarifrunde den Rang ab. Das gilt namentlich für die vorgeschlagenen Teilzeitarbeitsplätze. Aber auch die Möglichkeit, die Regelarbeitszeit flexibler aufteilen zu können, hat ihre beschäftigungssichernden Vorteile. Was man vermißt, ist der Hinweis auf die günstige Wirkung von Zeitarbeitsverträgen.